



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Als der Oberstleutnant seine Geschichte beendet hatte, wurde zu Tische gerufen, aber wir beide, er wie ich, sahen noch einmal auf den Schnee hinaus, ehe wir die Gardine herabließen und anfangen, uns anzukleiden.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichspsiegel. Die Reichstagsdiäten liegen wieder einmal „in der Luft,“ diesmal in Gestalt von Tage- oder Anwesenheitsgeldern. Der Erwählte des allgemeinen Stimmrechts soll Mittags, wenn er in die Sitzung kommt, seinen Namen eigenhändig in eine Präsenzliste eintragen, und wenn er dann trotzdem bei einer namentlichen Abstimmung nicht anwesend sein sollte, bekommt er für diesen Tag — keine zwanzig Mark. Richtiger wäre, er zahlte dann noch zwanzig dazu. Als Korrelat für die „Anwesenheitsgelder,“ die die Steuerzahler zu tragen haben, sollte man aus Billigkeitsgründen auch Abwesenheitsgelder einführen, die die Herren Reichsboten aus ihrer Tasche bestreiten, wenn sie „unentschuldigt fehlen,“ wie der parlamentarische Kunstausdruck lautet. Vor allen Dingen sollte aber doch der jetzige Reichstag keine Anwesenheitsgelder empfangen, da er in der Voraussetzung gewählt worden ist, daß solche nicht gezahlt werden. Es ist zwar kein einziges Mandat unbefetzt geblieben, für die meisten waren drei bis vier Kandidaten vorhanden, und so würde es auch ohne Diäten für alle Zukunft bleiben. Wenn man nun aber schon die Verfassung an einer ihrer empfindlichsten Stellen zugunsten des Diätenbedürfnisses abändern will, so wäre es doch Ehrenpflicht für die jetzigen Mitglieder des Reichstags, die Einführung der Diäten bis zu den nächsten Neuwahlen, also bis zur nächsten Legislaturperiode zu verschieben. Denn gerade die Diätenverfechter haben ja immer geltend gemacht, daß mit Tagegeldern ein ganz anderer Reichstag zustande kommen würde, also hic Rhodus, hic salta!

Einzelne Abgeordnete haben sich zugunsten des Diätenempfangs in allen möglichen Zeitungen die Finger wundgeschrieben, und da Abgeordnetenbeiträge, auch wenn sie noch so nichtsagend sind, von den Zeitungsredaktionen immer als mit besondern Weisungen umgeben angesehen werden, so ist für die Betreffenden ein Teil des Diätenbedarfs der Session wohl schon durch die Honorare für diese Polemik gedeckt. Einen guten Eindruck hat das nirgends gemacht, ungeachtet der rührenden Einmütigkeit der Parteien in dieser Frage. Der Zentrumsantrag auf Abänderung des Artikels 32 der Reichsverfassung liegt ja dem Reichstage auch schon wieder vor, ein Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist darin nicht vorgesehen. Nun sind die Ausführungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, des Vertreters des Reichskanzlers, zur Diätenfrage in seiner Rede vom 12. Dezember schwerlich rein privater Natur gewesen, sondern sie sind doch mindestens als Ausdruck der preussischen Auffassung, wenn nicht als die der großen Mehrheit des Bundesrats anzusehen. Drei Tage später hielt der Reichstag seine letzte Sitzung, in der zuletzt — wie die Nationalzeitung feststellt — im ganzen zwölf (!) Abgeordnete einschließlich des Präsidenten und zweier Schriftführer anwesend waren. 12 von 397! Man wird doch nicht behaupten können, daß die abwesenden 375 nur wegen der Diäten gefehlt haben. In Berlin und den Vororten wohnen viel mehr als zwölf Reichstagsmitglieder, die andern „schwänzten“ also, und die auswärtigen waren nach Hause gereist oder machten in Berlin Einkäufe. Die badischen Landtagsmitglieder waren schon acht Tage zuvor abgereist, von den sächsischen wird ebenfalls der eine oder der andre Dresden vor Berlin bevorzugt haben.

Früher wurde das Tagen von Landtag und Reichstag zu derselben Zeit als unvereinbar mit den Geschäften des Reiches angesehen, heute braucht der Reichstag sechs Monate, von denen zehn bis vierzehn Tage allein beim Gehaltstitel des

Staatssekretärs des Innern totgeredet werden, und die Einzelregierungen können mithin die Rücksicht auf den Reichstag nicht mehr nehmen. Es läßt sich jedoch mit voller Sicherheit behaupten, daß wenn man von außerordentlichen Vorlagen, wie dem Zolltarif, absieht, der Reichstag seine wirklichen und notwendigen Geschäfte auch heute noch bequem in drei bis vier Monaten erledigen könnte. Der heutige Zustand hat für den gesamten Staatsorganismus die mißliche Folge, daß während dieser unendlichen Parlamentsdauer an vielen Zentralstellen nicht gearbeitet werden kann, weil die Staatssekretäre oder die Minister und eine große Anzahl der Räte einen wesentlichen Teil ihrer Zeit in Plenar- und Kommissionsitzungen verbringen müssen. Ein hochgestellter Beamter klagte jüngst laut darüber, daß die Beamten durch den Reichstag direkt zum Faulenzen erzogen würden. In den Plenarsitzungen müßten sie stillsitzen und oft stundenlang das dümmste Zeug mit anhören, und nach einer fünf- bis sechsstündigen Sitzung sei niemand mehr imstande, an seinem Schreibtisch etwas ordentliches zu arbeiten. Das ist freilich eine der unvermeidlichen Erscheinungen, die das parlamentarische Wesen begleiten.

Herr Bülow hat gleich bei seinem Amtsantritt als Reichskanzler für alle Ämter des Reichsdienstes angeordnet, erstens die Zahl der in den Reichstag zu entsendenden Kommissare auf das möglichste einzuschränken, zweitens solle niemand in eine Sitzung gehn, der darin nichts zu tun habe. Da sich das aber nicht immer im voraus feststellen läßt, besonders bei Etatsdebatten, so sind die obersten Reichsbehörden nach wie vor durch den Reichstag zu einer großen Verschwendung von Zeit und Arbeitskraft verurteilt. Wie man von gewissen Kanzleirednern sagt, daß sie die Leute aus der Kirche hinauspredigen, so gibt es auch eine nicht geringe Zahl von Abgeordneten, die ihre Kollegen aus dem Reichstage hinausreden. Nur der Bundesrat und seine Kommissare müssen standhalten. Auch das ist ein Mißstand, der durch Anwesenheitsgelder schwerlich beseitigt werden wird, es sei denn, daß zugleich eine entsprechende Abänderung der gesamten Geschäftsordnung stattfindet, wobei, was die Herabsetzung der Beschlußfähigkeit anlangt, recht große Vorsicht anzuraten wäre.

Um der Diäten oder Tagegelder allein willen die Verfassung zu ändern wäre aber auch deshalb bedenklich, weil man die Übelstände, denen man begegnen will, doch nur zum kleinern Teil beseitigte. Von den Tagegeldern dürften nicht, wie der Antrag Hompesch will, die Landtagsdiäten in Abzug gebracht werden, sondern bei dem Tagen des Reichstags und der Landtage zu derselben Zeit müssen die Doppelmandate einfach untersagt werden, wenn man diesen mißlichen Zustand des gleichzeitigen Tagens nicht aus der Welt schaffen kann. Nicht nur den doppelten Diäten, sondern auch dem Absentismus soll vorgebeugt werden, und den Landtagen wäre schlecht damit gedient, wenn die Mitglieder, die Reichsdiäten empfangen, deshalb aus den Landtagsitzungen wegblieben, um im Reichstage „präsent“ zu sein, weil die Reichstagstagegelder bei weitem die höhern sind. Das gleichzeitige Tagen aber aufzuheben wird nicht gehn, weil — wie Graf Posadowsky schon hervorgehoben hat — der Tag und das Jahr seit dreißig Jahren nicht länger geworden sind. Der Abgeordnete Schrader ist auf diesen Gedanken sehr richtig eingegangen, indem er darauf hinwies, daß andre Länder als Einheitsstaaten nicht in der Weise wie Deutschland mit öffentlichen Angelegenheiten überschwenmt sind, weil wir eben die vielen Landtage und neben diesen noch eine Fülle anderer Vertretungskörper haben. Er hätte noch hinzufügen können, daß der Einheitsstaat viel weniger Beamten braucht und darum viel weniger Kosten für die Verwaltung, Arbeitskraft und Arbeitszeit in Anspruch nimmt als der Bundesstaat. Aber da der Bundesstaat doch einmal besteht, so werden wir unsre öffentlichen Einrichtungen den Verhältnissen, wie sie sich seit dreißig Jahren entwickelt haben, mehr anpassen müssen, und dazu würde eben vor allem der Verzicht auf alle Doppelmandate gehören. Können Reichstag und Landtage dann ungehindert nebeneinander tagen, so könnte vielleicht auch in Erwägung gezogen werden, das Etatsjahr wieder mit dem Kalenderjahr in Übereinstimmung zu bringen und so

die mancherlei Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch diese Einrichtung erwachsen sind. Es käme die weitere Frage hinzu, ob ein Mandat nicht ipso facto als erloschen gelten sollte, sobald sein Inhaber in einer bestimmten Anzahl von Sitzungen während einer Session unentschuldigt gefehlt und damit schon selbst den tatsächlichen Verzicht ausgesprochen hat. Der Reichstag müßte das Recht und die Pflicht haben, ein solches Mandat auf Antrag des Präsidenten ohne Debatte für erloschen zu erklären. — Aus der Rede des freisinnigen Abgeordneten Schrader darf übrigens noch hervorgehoben werden, daß er sich der vom Grafen Posadowsky berührten Oberhausidee keineswegs unfreundlich gegenüberstellte.

In allen politischen Fragen empfiehlt es sich, das als notwendig anerkannte rechtzeitig zu tun. Eine Regierung kommt jedesmal in eine mißliche Lage, wenn sie nach anfänglichem Widerstand erfolglos einem Drängen nachgibt. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß jedes Drängen auch einer wirklichen Notwendigkeit gilt. Wirkliche politische Notwendigkeiten werden nicht nur von einer Partei oder einer politischen Gruppe empfunden, sie müssen von sehr weiten Kreisen geteilt und getragen werden. Sie richtig und rechtzeitig zu erkennen, gehört zu den schwersten Aufgaben einer Regierung, die sich ihrer Pflicht einer starken staatlichen Initiative bewußt ist. Tatsächlich bedarf eine Reihe von innern politischen Fragen in Deutschland der Neuordnung, der Absentismus im Reichstage ist nur ein Teil davon.

Durch eine wohlgeordnete Reform kann im Reiche und damit rückwirkend auf die Einzelstaaten mancher Gegensatz beseitigt, manche Verftimmung ausgeglichen werden. Dann wäre auch für Preußen der Zeitpunkt gekommen, der Frage des Landtagswahlrechts im Sinne einer zeitgemäßen Ausgestaltung, selbstverständlich ohne allgemeines Stimmrecht, näherzutreten. Der jetzige Augenblick wäre dazu freilich wenig geeignet, aber „der kluge Mann baut vor.“ Wenn die Regierung mit fester Hand der Nation klare, wohlbedachte Aufgaben stellt, wird sie immer im Vorteil sein wie der Feldherr, der das Gesetz der Schlacht nicht vom Gegner anzunehmen, sondern ihm zu geben hat. Je kräftiger die Initiative einer Regierung ist, um so stärker wird ihre Autorität sein.

Zwischen Deutschland und England hat endlich ein Austausch von Komplimenten begonnen, der auf die Beziehungen nicht nur beider Völker, sondern auch beider Regierungen zueinander hoffentlich nicht ohne erfreulichen Einfluß bleiben wird. Die Konkurrenzstimmung zwischen beiden Völkern wird sich, soweit Handel, Industrie und Schifffahrt in Betracht kommen, freilich nicht aus der Welt schaffen lassen, sie wird bestehen, solange es noch einen deutschen und einen englischen Importeur oder Exporteur oder Schiffsreeber gibt. Aber das braucht sich nicht auf das politische Verhältnis der beiden Nationen zueinander zu übertragen und bis zur Krieg-in-Sicht-Stimmung auszuarten. Diese zu verhindern, ist Sache der Regierungen. Der Reichskanzler hat sich deswegen viel Mühe gegeben, man denke an die erregte Stimmung in Deutschland zur Zeit der Reise des Präsidenten Krüger. Aber die englische Regierung hat Öl ins Feuer gegossen, indem sie mit ihrer Seerüstung Maßnahmen traf, die nur gegen Deutschland gerichtet sein konnten und sein sollten, und dann in offensibler Weise mit Frankreich eine Verständigung einging, der ebenfalls unverkennbar eine Richtung gegen Deutschland gegeben wurde. Das sind Tatsachen, die geschichtlich feststehen und nicht ohne weiteres vergessen werden können, und es möchte eine Warnung am Platze sein, daß die Deutschen nun nicht gleich wieder vor Freude Purzelbäume im Parlament, in der Presse und in Versammlungen schlagen, weil der politische Wettertelegraph aus London berichtet, daß das Vorherrschen starker westlicher Winde nachgelassen hat, und daß das Wetter aufklart. Das französische Gelbbuch, auch wenn es selbstverständlich zu dem Zwecke zusammengestellt ist, damit vor Frankreich und vor Europa eine gute Figur zu machen, enthält doch manche Lehre, und wir sind mit der Annahme des Konferenzvorschlages durch Frankreich, sowie des Konferenzprogramms, keineswegs über den Berg. Das Gelbbuch sowohl wie Rouviers Rede und die Haltung der Kammer

machen nur zu erkennbar, daß die Franzosen auf ihre ursprüngliche Idee der Etablierung einer französischen Schutzherrschaft über Marokko noch keineswegs verzichtet haben, sondern nun durch die Konferenz zu gewinnen hoffen, was sie ehemals im Bunde mit England durchzusetzen gedachten. Zwar gehört zu einem Konferenzbeschlusse Einstimmigkeit. Jedoch wenn die Konferenz ergebnislos bleiben sollte, so wären wir nur wieder in einem Status quo, der unmöglich andauern könnte. Diese Sachlage ist für Deutschland nicht gleichgültig. Bezeichnend ist auch, wie das Gelbbuch durchaus an dem Gedanken festhält, daß Frankreich keinen Anlaß zu Spannungen gegeben habe, daß vielmehr alles Unrecht allein von Berlin ausgegangen sei. Um so notwendiger wird es sein, daß die französischen Behauptungen nunmehr in einem deutschen Weißbuch ein Gegengewicht und womöglich eine Ergänzung finden. Das Gelbbuch stellt die Situation — ganz im Stile von Reineke Fuchs — so dar, als ob Deutschland mit seinem Eingriff in die marokkanische Angelegenheit nur offene Türen aufgestoßen habe, da Frankreich zur großartigsten Wahrung aller fremden Rechte bereit gewesen sei. Erfreulich ist, daß die englische Presse zu der Einsicht kommt und in der großen Mehrzahl doch zugibt, der Reichskanzler habe nicht anders handeln können, als er getan hat. Das stimmt zwar nicht ganz zur „Entente,“ entspricht aber der Wahrheit und dient dem Frieden. \*S\*

Innere Kolonisation. Die Leser erinnern sich mit dankbarem Vergnügen der trefflichen und belehrenden Schilderungen und Betrachtungen, die der Schiffsarzt Dr. Georg Schiele im vierten Bande des Jahrgangs 1902 der Grenzboten unter dem Titel: Von einer Weltreise, veröffentlicht hat. Dr. Schiele hat jetzt (bei Hüpeden und Merzyn in Berlin) Briefe über Landflucht und Polenfrage herausgegeben, die vom wärmsten Patriotismus befeelt und von der würdigsten Staatsidee getragen, eine bisher noch gar nicht beachtete Seite einer unsrer größten Angelegenheiten beleuchten. Volkskraft, wird in dem Büchlein gezeigt, wächst bloß von unten, aus der Wurzel heraus, aus den untern Ständen und in Verbindung mit dem Boden. Aber nicht der Bauer ist die Wurzel, sondern der Landarbeiter. Dieser muß also an den Boden gebunden werden, jedoch nicht so, daß seine Freiheit dadurch beschränkt wird. Solche Beschränkung und die des Deutschen unwürdige Lebensführung, zu der er auf den ostelbischen Gütern gezwungen wird, erträgt der Deutsche nicht; darum, nicht aus Genußsucht oder aus andern unedeln Beweggründen, flieht er in die Stadt. Und darum sind auch Rentengüter mit der Verpflichtung, für den Gutsherrn zu arbeiten, nicht die richtige Methode innerer Kolonisation: der Arbeiter will seinen Arbeitsplatz wählen können. Was den Arbeiter an die landwirtschaftliche Arbeit, die er liebt, fesseln könnte, das wäre auskömmlicher Lohn und eine Mietwohnung mit Stall und Garten. Für solche Mietwohnungen also, nicht für Arbeiterkasernen auf Gutshöfen, muß gesorgt werden. Den Landwirten soll man Zollschutz gewähren, aber unter der Bedingung, daß sie den deutschen Lohnarbeitern eine würdige Lebenslage bieten und auf die ausländischen slawischen Arbeiter verzichten, die den deutschen Arbeiter entweder vertreiben oder demoralisieren. „Angesichts der Gefahren und Aufgaben, die das deutsche Volk in Europa noch vor sich hat, kann ihm für den Landverlust, den es innerhalb seiner europäischen Sphäre erleidet, kein Landgewinn auf dem Erdenrund, kein Reichtumsgewinn im Welthandel und kein Zuwachs an überseeischer Macht Ersatz geben.“ Die kleine Schrift verdient von allen Zuständigen studiert und gründlich erwogen zu werden.

Kinderspielzeug. Vor mehreren Jahren fand ich am Burgwall bei Schlöben ein vorgeschichtliches Töpfchen, das genau die Form des sogenannten Laufitzer Urnentypus aus der vor-slawischen Zeit hatte und mit einem kleinen Henkel versehen war. Die Höhe des Gefäßes betrug drei Zentimeter, der größte Umfang sieben Zenti-

meter; daraus folgte, daß es keinesfalls als ein wirtschaftliches Hausgerät gedient hatte, zumal da die Öffnung nur einen Durchmesser von einundeinviertel Zentimeter hatte. Zweifellos handelte es sich um ein Kinderspielzeug aus uralter germanischer Zeit, wie es in der vorgegeschichtlichen Literatur öfter erwähnt wird. So sagt Dr. Behla in seiner Monographie der Urnenfriedhöfe mit Tongefäßen des Laufitzer Typus S. 70: „Betrachtet man die Formen der Tonbeigaben, so sehen wir darunter auch solche, die offenbar als Kinderspielzeug anerkannt werden müssen. Herstammend aus Kindergräbern, sind sie äußerst niedlich gebildet; dahin gehören kleine Fläschchen, Näpfcchen, Löffel, Schälchen, Rännchen usw. Einige haben einen so kleinen Boden, daß sie zum Stehn gar nicht geeignet sind. Ziemlich häufig sind auch Kinderklappern, in deren Innerm sich frei kleine Tonkügelchen oder Steinchen befinden. Sie treten in den verschiedensten Formen auf, in Flaschen-, Kugel- und Eiform, manche sehen vogelartig aus und machen den Eindruck einer Gans; einzelne sind ohne charakteristische und erkennbare zoologische Eigenschaften. Die Oberfläche ist mannigfaltig verziert; bei Guben entdeckte man eine Kinderklapper in Vogelgestalt mit feinpunktierte Verzierung; einzelne haben auch Löcher zum Durchziehen einer Schnur, ebenso bemerkt man hier und da kleine Löcher in der Wand.“ In ähnlicher Weise spricht sich Professor Dr. Zentsch in Guben über die dort gefundenen kleinen Gefäße aus, und es unterliegt keinem Bedenken, solche Fundstücken als die ersten germanischen Kinderspielzeuge anzusehen, mit denen vor zweitausend Jahren die Mütter ihre Kleinen beruhigt und beschäftigt haben. Und schon aus jener fernen Zeit können wir die noch jetzt geltende Beobachtung machen, daß man die Spielzeuge meist den häuslichen und den wirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen im verkleinerten Maßstabe nachzubilden pflegt, um dadurch die Phantasie des Kindes, das seinen Spielen gern die Beschäftigung der Eltern zugrunde legt, wenn auch mehr oder weniger unbewußt, zu wecken und zugleich dem sich entwickelnden Geist eine Art Anschauungsunterricht zu geben. Die Auswahl war allerdings nicht groß, da die täglich im Gebrauch stehenden Werkzeuge in den ältesten Zeiten selbst nicht zahlreich waren und sich in der Hauptsache auf Ton-, Stein- und Holzwaren beschränkten. Dementsprechend werden sich jahrhundertlang die Kinder mit den einfachsten Nachbildungen haben begnügen müssen, die wohl oft von den eignen Eltern nach vorhandenen Mustern angefertigt worden sein werden. Als dann vor einem halben Jahrtausend zuerst die thüringischen Köhler und Holzfäller als Nebengewerbe das Schnitzen von allerlei Holzwaren zu betreiben anfangen, da entstand allmählich ein besonderer Erwerbszweig für die Anfertigung von Kinderspielzeug. Schon um das Jahr 1400 brachten die armseligen Waldleute ihre geschnitzten Spielsachen nach Sonneberg, und die Sonneberger vertrieben sie weiter nach Nürnberg, wo man gute Verwendung dafür hatte. Das Spielzeug wurde eine Handelsware, und im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich das deutsche Spielwarengeschäft zu einer so hohen Blüte, daß die ganze bewohnte Erde als Absatzgebiet seiner Erzeugnisse gelten kann. Damit wuchsen aber auch fortwährend die Ansprüche der Käufer, und heutzutage kann man die Grenze zwischen einem Spielzeug und einem Lehrmittel bei vielen Arten kaum noch genau ziehen; man denke zum Beispiel an die Modelle für Dampfmaschinen, Eisenbahnen, an die unzähligen optischen und elektrischen Sachen, die bis ins einzelne nachgebildet werden und gebrauchsfähig sind, den Kindern also schon einen richtigen Einblick in die weitverzweigten Betriebe der Technik gewähren; sie sollen im vollsten Sinne des Wortes „spielend“ lernen. Auch in anderer Weise hat man versucht, den Sinn des Kindes durch Spielzeug zu vertiefen und zu veredeln; es gibt schon seit längerer Zeit Puppen in den Trachten der verschiedenen Landestteile: Elsäßer, Schwarzwälder, Altenburger oder Bückeburger Bauernmädchen sind bei Kindern sehr beliebt und befähigen sie, für die wenigen noch vorhandenen Landestrachten Geschmack und Verständnis zu gewinnen und im spätern Leben zu betätigen.

In eigentümlicher Weise hat neuerdings der Ausschuß zur Pflege heimatischer Kunst und Bauweise in Sachsen und in Thüringen auch das Kinderspielzeug seinen

Zielen dienstbar zu machen versucht, indem er nach Entwürfen seiner Mitglieder und nach den Modellen der Königlich Sächsischen Spielwarenschule in Grünhainichen Spielwaren anfertigen ließ, die den Sinn für die schlichte Einfachheit in der Kunst und der Bauweise früherer Zeit schon in der Kinderstube beleben und weitere Kreise auf die Schönheit und die Eigentümlichkeit unsrer heimatlichen Kulturbilder aufmerksam machen. Es liegen bis jetzt zehn Entwürfe vor, nach denen die Spielwaren angefertigt worden sind und vom Kaufmännischen Verein in Grünhainichen abgegeben werden. Nach dem Entwurfe des Professors D. Seyffert in Dresden ist ein vogtländisches Gutsgelöst hergestellt worden, das aus drei hohlen Häusern, Bäumen, Tieren, Wagen usw. besteht; von demselben Herrn und dem Oberbaurat R. Schmidt ist ein erzgebirgisches Dorf entworfen worden mit siebzehn Häusern, Bäumen, Zäunen, Brunnen, Mauern und allem, was sonst dazu gehört. Noch anschaulicher ist ein Lausitzer Dorf des Architekten Ernst Kühn in Dresden. Es stellt die Kirche mit dem Pfarrhaus und der Schule, das Rittergut mit den Bauernhäusern, die Schmiede, das Weberhaus, die Windmühle, ferner mehrere Gespanne, geschnitzte Bäume und Tiere in Handmalerei dar, und dem allen ist ein auf Linoleum gemalter Dorfplan beigelegt. Von einzelnen Sachen sind ein Stallgebäude, ein Lausitzer Weberhaus, eine Puppenküche mit vollständiger Einrichtung und eine Schlafstube, beide vom Regierungsbaumeister W. Thiele entworfen, zu nennen. Endlich ist noch eine Festung nach Motiven der Pleißenburg in Leipzig und das Schloß Moritzburg nebst Dorf bearbeitet worden, die erste vom Architekten Professor Tschermann. Die Abbildungen dieser Spielwaren werden durch den Kaufmännischen Verein vom Gewerbeoberlehrer N. Wendt kostenlos abgegeben und geben einen guten Begriff von der Zusammenstellung der Spielwaren. Diese selbst sind in große eichne Kästen gepackt und werden gewiß allmählich den Spielwarenmarkt erobern, sobald sie erst mehr bekannt und — billiger geworden sind. Leider ist nicht jedermann in der Lage, für das Lausitzer Dorf vierzig Mark anzuwenden. Die übrigen Sachen sind zwar billiger, immerhin aber verhältnismäßig noch zu hoch im Preise und für weitere Kreise nicht recht zu beschaffen; schon jetzt jedoch erhalten die Mitglieder des Heimatschutzbundes und Vereinigungen, die an dessen Bestrebungen teilnehmen, Vorzugspreise, und sodann darf man hoffen, daß bei ausgedehnterer Verbreitung die Preise niedriger werden. Die Bestrebungen sind unter allen Umständen durchaus anerkennenswert und bedürfen der allseitigen Unterstützung, da sie so sehr ausdehnungsfähig und wohl in stande sind, den vielen nützlichen Land, der auf den Weihnachtsmärkten und in den Spielwarengeschäften für wenig Pfennige und Groschen feilgeboten wird, zu beschränken oder ganz zu verdrängen. Wenn Männer wie der Oberbaurat Schmidt und andre ihre Kenntnisse auf solche Sachen anwenden, wenn der Heimatschutzbund und der Ausschuß zur Pflege heimatlicher Kunst und Bauweise ihren ganzen Einfluß geltend machen, und wenn die Königlich Sächsische Spielwarenschule ihre technischen Hilfsmittel und Fertigkeiten in den Dienst der Heimatkunst gestellt hat, dann darf man an die Lebensfähigkeit des Unternehmens glauben.

R. Krieg

### Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 1. Vierteljahr ihres 65. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnell zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im Dezember 1905

Die Verlags handlung

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig





G. HURRELMAYER  
BUCHBINDEEI  
PAPIERHANDLUNG  
SCHILLERSTR. 21